

16. Landtag von Baden-Württemberg, 74. Sitzung

Dienstag, 8. November 2018, 09:30 Uhr

Rede

des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

zur Aktuellen Debatte

Minister Strobls Halbzeitbilanz

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

In Freiburg ist ein furchtbares Verbrechen geschehen. Das ist so unfassbar, so ungeheuerlich und auch so unvorstellbar, dass es dafür eigentlich gar keine Worte gibt. Unsere Gedanken sind auch an einem solchen Tag zuallererst bei der jungen Frau, die Opfer dieser abscheulichen Tat geworden ist.

Wir wünschen ihr und ihrer Familie aus tiefem Herzen alles Gute und hoffen, dass sie jede Unterstützung bekommt, die sie braucht, um wieder zurück ins Leben zu finden.

Wir alle sind über die Geschehnisse sehr betroffen, und ich kann wirklich jeden gut verstehen, der in diesen Tagen mit gerechtem Zorn auf ein solches Verbrechen reagiert. Da geht es mir nicht anders sowohl als Staatsbürger als auch als Vater einer 17-jährigen Tochter. Ich stimme all denen zu, auch dem Innenminister in dieser Frage: Wir brauchen in Deutschland eine noch bessere Handhabe gegen gefährliche und gewalttätige Ausländer, meine Damen und Herren.

Darüber müssen wir sprechen, denn es gibt offensichtlich Handlungsbedarf, und das übrigens nicht erst seit Freiburg. Richtig ist: Jeder, der in diesem Land lebt, hat Anspruch darauf und kann zu Recht erwarten, dass seine Sicherheit vom Staat geschützt wird. Der Rechtsstaat muss seine Regeln setzen; er muss sie auch durchsetzen, und zwar jederzeit und überall. Denn das Gewaltmonopol ist beim Staat. Das ist elementar; das steht außer jeder Frage. Für dieses unmissverständliche Prinzip steht unsere Fraktion zusammen mit unserem Innenminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Denn was in Freiburg passiert ist, bestürzt uns alle. Aber es duldet gerade deshalb keinen Populismus, wie wir ihn auch in den letzten Tagen gehört haben. Und es eignet sich ganz gewiss nicht zur parteipolitischen Profilierung.

Ich will hinzufügen: Ich bin da schon über manche öffentliche Äußerung in den letzten Tagen verwundert. Da wird ohne Akteneinsicht, ohne polizeifachliche Kenntnisse teilweise in den Raum gegangen. Da wurde zum Teil auch eine Sprache verwendet, die schlichtweg nicht geht. Wenn Politiker sagen, der Innenminister dulde – Zitat –, „dass kriminelle Migranten sich im Land austoben“, dann ist das mehr als grenzwertig. Das überschreitet die Grenze.

Ich kann dringend zu Maß, Mitte, Ernsthaftigkeit und Faktentreue raten. Auch das gehört dazu. Der Kollege Schwarz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass hier Besonnenheit und kühler Kopf das richtige Verhalten ist.

Herr Kollege Gall, ich meine, unabhängig davon, wie sich ein Innenminister in der Amtsnachfolge einbringt, muss ich ein paar Fragen schon stellen.

Aber ein paar Fragen muss ich schon stellen. Wer hat denn die Polizeischulen in diesem Land geschlossen, die wir jetzt wieder mühsam aufbauen müssen?

Wer hat eine mangelhafte Polizeireform zu verantworten, die wir jetzt mit großem Aufwand korrigieren müssen?

Wessen Einstellungspolitik hat die Deutsche Polizeigewerkschaft – als Zitat – „verheerend“ bezeichnet? Die Deutsche Polizeigewerkschaft am 16. November 2017.

Wenn wir hier über „Pleiten, Pech und Pannen“ sprechen, schauen Sie lieber auf Ihre sicherheitspolitische Bilanz. Denn da haben wir in Bezug auf die vergangenen Jahre einiges zu erörtern.

Wir alle wollen, dass dieser Fall aufgeklärt wird. Daran arbeiten die Ermittlungsbehörden auch gemeinsam mit dem Innenministerium. Diese Aufarbeitung ist wichtig. Wir erwarten auch, dass sie in aller Gründlichkeit, in aller Fairness und in aller Transparenz geschieht.

Wir alle wollen, dass die Sicherheitsbehörden den Kampf gegen Kriminalität und Gewalt gewinnen, und wir wollen auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Land sicher fühlen. Das geht uns alle an. Hier macht die Polizei in diesem Land einen guten Dienst. Auch das soll an dieser Stelle einmal erwähnt werden.

Wir können und dürfen nicht einfach ausblenden – wenn Sie, Herr Kollege Stoch, heute über eine Halbzeitbilanz gesprochen haben –: Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren in dieser Koalition gemeinsam mit dem Innenminister viel für die innere Sicherheit im Land getan. Wir haben eine in der Landesgeschichte einmalige Sicherheitsoffensive gestartet – mit zusätzlichen Stellen für die Polizei, mit mehr Staatsanwälten, mehr Richtern, mit modernster Technik, mit bester Ausrüstung für unsere Sicherheitskräfte –, und wir haben mit Rekordeinstellungen von 1 800 Anwärterinnen und Anwärtern in den Jahren 2018 und 2019 mehr junge Menschen für den Polizeidienst gewonnen und ausgebildet als jemals zuvor.

Wir haben in diesem Landtag auch eines der modernsten und wirkungsvollsten Polizeigesetze in Deutschland verabschiedet.

Ja, da werden wir auch mit dem Koalitionspartner und mit unserem Innenminister über die weiteren Vorschläge für mehr Sicherheit in den kommenden Tagen und Wochen reden.

Sie haben die Digitalisierung angesprochen. Wir haben bei der Digitalisierung unter Führung des koordinierenden Innenministers und Innenministeriums die Digitalisierungsmittel verdreifacht.

Wir haben gestern über Zukunftschancen gesprochen. Genau dort wird etatisiert – jetzt auch beim Nachtragshaushalt – für die innere Sicherheit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Kriminalität insgesamt seit zwei Jahren zurückgeht. Darüber haben Sie kein Wort gesagt.

Aber das ist eine Realität. In diesem Land.

Deshalb: Es kann uns in diesem Land nicht ruhen lassen, was die innere Sicherheit angeht. Wir werden es weiterhin als oberste Priorität betrachten und unterstützen. Dafür kämpfen wir, die CDU-Fraktion, zusammen mit unserem Innenminister. Er hat dafür unsere volle Unterstützung.